

130.000 demonstrierten in Berlin



Größte Krankenhausdemonstration der Geschichte

Rund 130.000 Klinikbeschäftigte aus dem gesamten Bundesgebiet – darunter etwa 3000 Mitarbeiter aus 40 sächsischen Krankenhäusern – sind am 25. September 2008 in Berlin gegen die Finanznot der Krankenhäuser lautstark auf die Straße gegangen und haben ihrer Forderung nach einer soliden Krankenhausfinanzierung geschlossen Nachdruck verliehen.

Die Teilnehmer der eindrucksvollen Demonstration waren in etwa 600 Bussen und mehreren Sonderzügen nach Berlin angereist.

Das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ – Deutsche Krankenhausgesellschaft, ver.di, Deutscher Städtetag, Marburger Bund, BÄK, dbb, VKD, VKA und Deutscher Pflegerat – hat die Politik erneut und eindringlich zu sofortigen umfassenden gesetzlichen Schritten aufgefordert, um die den Kliniken drohende Finanzierungskatastrophe aufzuhalten. Die Kürzungen im Gesundheitsbereich müssen gestoppt werden, damit eine optimale Patientenversorgung auch künftig gesichert bleibt und die Beschäftigten unter angemessenen Bedingungen ihrer verantwortungsvollen Arbeit weiterhin nachgehen können. Bis Ende 2009 fehlten den rund 2100 deutschen Krankenhäusern etwa 6,7 Milliarden Euro in der Finanzierung.

Trotz gestiegener Kosten für Personal, Energie, Medizintechnik und Arzneimittel und der Mehrwertsteuererhöhung sind die Budgets in den letzten zwei Jahren kaum gestiegen. Die von der Bundesregierung am 24.9.2008 beschlossenen 3,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Finanzhilfen seien ein „Scheinangebot“, kritisierte der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze. Allein die ungedeckten Tariflohnsteigerungen aus den Jahren 2008/2009 belasten die Krankenhäuser in Höhe von ca. 3 Milliarden Euro. Nur die Hälfte wird refinanziert. Die Kliniken bleiben damit auf dem überwiegenden Teil der Lohnkostensteigerungen und voll auf den gestiegenen Energie- und Sachkosten sitzen. Bereits heute gebe es eine Überlastung des Personals, die eine Vernachlässigung der Patienten nach sich ziehen kann. Überstunden und Arbeitshetze prägen den Klinikalltag. Die Arbeitsbedingungen sind für junge Menschen abschreckend. Ärzte und Pflegepersonal stehen vor dem kollektiven Burn-out. Patienten leiden unter harter Rationierung.

„16 Jahre gedeckelte Budgets, 16 Jahre Kostendämpfung, 16 Jahre Personalabbau, 16 Jahre Leistungsintensivierung – das hat tiefe Spuren in den Krankenhäusern hinterlassen, denen in dieser Zeit mehr als 100 Milliarden Euro genommen wurden, die sie eigentlich gebraucht hätten, um ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie wir es gelernt haben“, kritisierte Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des Marburger Bundes unter dem star-

ken Applaus der Demonstranten. Auch das angekündigte Sonderprogramm für 21.000 neue Stellen in der Krankenhauspflege wird ins Leere laufen.

Die Krankenhausgesellschaft Sachsen beklagte die mangelnde Bereitschaft der Länder, für nötige Investitionen der Kliniken aufzukommen. Die Bundesländer seien in der Pflicht, für die Investitionen der Krankenhäuser zu sorgen. Mit dieser Pflicht gingen sie sträflich um.

Die weiteren Forderungen der Mitarbeiter der Kliniken lauteten:

- Mehr Personal für die Krankenhäuser.
- Eine angemessene Finanzierung.
- Finanzierung der steigenden Betriebskosten.
- Keine Rationierung.
- Stopp des Stellenabbaus, denn Kliniken ohne ausreichende Pflegefachkräfte können nicht überleben.

Bund und Länder wurden von den Demonstrierenden aufgefordert, umgehend eine nachhaltige und stabile Ausstattung der Kliniken mit Investitionsmitteln zu realisieren.

Im Gesundheitsministerium zeigte man sich darüber verwundert, dass die protestierenden Verbände ein im Anschluss der Demonstration vereinbartes Gespräch mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) über die Klinikfinanzierung kurzfristig abgesagt hätten.

Prof. Dr. med. habil. Winfried Klug
Knut Köhler M.A.
Referent Gesundheitspolitik
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

